

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,50 Mk., bei Vorbestellung 3 Mk. zuzüglich Abgabe 16 Pf. Alle Verkäufe werden gegen Vorzahlung abgerechnet. — Rücksendung eingekaufter Exemplare erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Anzeigenpreis: Die halbspaltige Zeile 20 Goldpfennig, die 4 spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3 spaltige Reklamzeile im textlichen Teile 100 Goldpfennig. Nachverlangungsbüro 20 Goldpfennig. Versand und Platzveränderungen werden nach Möglichkeit annehmlich. — Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. — Anzeigen nehmen alle Vermittlungsgesellschaften entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Tharandt, Finanzamts Riesa.

Nr. 224. 85. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Freitag, den 24. September 1926

Polizei und Staatsbürger.

Ein Amerikaner hat einmal vor dem Kriege ein großes Loblied auf die Polizei in Deutschland gesungen und sie in ehrenvollen Gegensatz etwa zum amerikanischen Polizisten gestellt. Damals rekrutierte sich die Polizei noch durchgehend aus Militärwärtern, die erst im besten Mannesalter in ihre zum Teil sehr verantwortlichen Stellen kamen. Aber damals war auch das Publikum ein anderes, stießen die Polizeibeamten nicht auf die Widerstände, mit denen sie heute täglich zu kämpfen haben. Damals galt der Schutzmann als der besonders geschätzte Träger der Staatsautorität. Dieses frühere fast patriarchalische Verhältnis ist jetzt nicht mehr vorhanden.

Das Personal der Schutzpolizei ist jetzt ein anderes geworden, anders wurde aber auch das Publikum, mit dem die Schutzpolizei zu tun hat. Dazu kommen die überaus großen Schwierigkeiten, die seit sieben Jahren von der Entente gemacht werden und die unsere Schutzpolizei nicht zur Ruhe kommen lassen. Immer und immer wieder mussten Umorganisationen stattfinden, fieberhafte offene und geheime fremde Kontrollen bei unserer Schupo herum, mußten die Ausbildungsbedingungen auf Befehl der Entente geändert, die Zahl der Schupo-Beamten herabgesetzt werden. Dabei sind die Anforderungen, die an die Schupo gestellt werden, nicht bloß im Innendienst, sondern vor allem im Außendienst erheblich höher als früher. Nicht bloß ist der Kampf mit dem Verbrechertum weit erbitterter geworden, wurden die Hilfsmittel, mit denen dieses Verbrechen arbeitet, täglich vollkommener — die internationale Polizeiausstellung in Berlin liefert augenblicklich hierfür ein überaus reiches Anschauungsmaterial — sondern der Polizeibeamte von heute hat nicht mehr die unbedingte Autorität wie früher. Die Schuld hierfür liegt auf beiden Seiten. Es soll anerkannt werden, daß seitens der vorgesetzten Behörden vieles geschieht, um den Polizeiorganen einzuschärfen, daß sie sich immer als Diener des Staates zu fühlen sollen, daß sie zum Schutz des Staatsbürgers da sind, daß die Rechte, die sie genießen, andererseits Verpflichtungen in sich schließen. Ingegeben werden muß auch, daß diese Maßnahmen nicht ohne Wirkung geblieben sind, daß vieles besser wurde im Verhältnis zwischen Polizei und Staatsbürger. Zu begründen ist ferner, daß im Kampf gegen das Verbrechen seitens der Polizei immer größeres Gewicht gelegt wird auf die freiwillige Mitarbeit des Publikums, ohne daß die Polizei fürchtete, sich dabei etwas zu vergeben. Es wäre zu wünschen, daß dieser Weg innegehalten wird und daß damit das Verhältnis zwischen Polizei und Staatsbürger sich zu einem immer besseren gestalten möge.

Die Zusammenarbeit ist aber auch besonders deswegen notwendig, weil die von der Entente erzwungene weitgehende Beschränkung unserer polizeilichen Einrichtungen an den Trägern der Polizeigewalt auch Anforderungen stellt, die weit größer sind wie früher. Wir wollen nicht einmal von jenen Zeiten sprechen, als die Polizei auf die Aufgabe beruhte, sich gegen innere Unruhen zu wenden. Vor der Polizei sollten parteipolitische Auseinandersetzungen halmachen, weil die Polizei sich lediglich als Führer der überparteilichen Autorität des Staates zu fühlen hat. Genau wie das Heer muß daher die Polizei von jeder parteipolitischen Beeinflussung ferngehalten werden, gleichgültig, woher die Beeinflussung kommen mag. Trotzdem wird noch vielfach darüber gesagt, daß diese Fernhaltung von der Parteipolitik, daß die unparteiliche Behandlung des Staatsbürgers gegenwärtig nicht so durchgeführt ist, als man das wohl verlangen sollte. Es soll hier nicht entschieden werden, ob diese Klagen mit Recht oder mit Unrecht erfolgen, ob immer alles geschieht, um die Parteipolitik auszuschalten und fernzuhalten. Es würde aber viel dazu beitragen, das Verhältnis zwischen Polizei und Staatsbürger zu einem guten zu machen, wenn diese Bestrebungen einer Entpolitisierung der Schutzpolizei energisch durchgeführt werden.

Ankauf der Anleiheablösungsschuld.

Vom 4. Oktober ab.

Der Reichsfinanzminister wird entsprechend einem Wunsche des Haushaltsausschusses des Reichstages in den nächsten Tagen eine Bekanntmachung über den Ankauf von Anleiheablösungsschuld und Auslosungsrechten betagter Leute erlassen. Im Inland wohnende deutsche Staatsangehörige, die älter als 65 Jahre sind, ein Vermögen von weniger als 20 000 Mark haben und im Kalenderjahr 1925 ein Einkommen von weniger als 3000 Mark hatten, können die Ablösungsschuld und die Auslosungsrechte, die sie als Besitzer von Markanleihen des Reiches zugeteilt bekommen haben, bei den Finanzämtern verkaufen. Der Kaufpreis beträgt 40 Mark für je 12,50 Mark Nennbetrag der Anleiheablösungsschuld einschl. der Auslosungsrechte und liegt damit über den Preis, der zurzeit im freien Verkehr der Börse für die Auslosungsrechte genannt werden. Er entspricht einem Satz von 8 % des Nennbetrages der alten Markanleihen, für die die Auslosungsrechte ausgegeben werden. Der Höchstnennbetrag der Auslosungsrechte, den ein einzelner Gläubiger

Vor wichtigen Beschlüssen.

Dr. Stresemann in Berlin.

Empfang beim Reichspräsidenten.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann ist am Donnerstag nachmittag wieder in der Reichshauptstadt eingetroffen. Dr. Stresemann hatte gebeten, von einem offiziellen Empfang am Bahnhof abzusehen, und seinen Wunsch damit begründet, daß die gesamte deutsche Delegation noch in Genf sei und daß eine feierliche Begrüßung der ersten deutschen Völkerbundesdelegation in der Heimat allen Mitgliedern gelten müßte.

Kurz nach seiner Ankunft in Berlin hat sich Dr. Stresemann zum Reichspräsidenten begeben, dem er einen vorläufigen Bericht über die in Genf und in Thoiry betriebene Politik erstattete. Am Freitag wird dann Dr. Stresemann in einem großen Kabinettsrat dem Reichskabinettsrat über die Völkerbunddiplomatie und die mit Briand besprochenen Fragen erstatten. Es ist damit zu rechnen, daß nach dem Kabinettsrat ein amtliches Kommuniqué über die Stellung des Kabinetts zur Außenpolitik des Außenministers veröffentlicht wird. Das Reichskabinettsrat wird in den nächsten Tagen noch weitere Sitzungen abhalten, um sich mit dem Gesamtkomplex der Außenpolitik in allen Einzelheiten zu beschäftigen. Da die Regierung über die Grundlinien dieser Politik bereits durch den Staatssekretär Pänder vor einigen Tagen unterrichtet worden ist, kann man auf Grund des in politischen Kreisen vorherrschenden allgemeinen Eindrucks annehmen, daß die Reichsregierung sich dem Standpunkt des Außenministers in allen Punkten anschließen und den Außenminister beauftragen wird, die eingeleiteten Besprechungen über den deutsch-französischen Ausgleich baldmöglichst fortzusetzen.

Die weiteren Schritte in dieser Frage könnten allerdings erst Anfang Oktober unternommen werden, da der Reichsaußenminister in der zweiten Hälfte der nächsten Woche an dem völksparteilichen Parteitag in Köln teilnehmen wird. Anfang der nächsten Woche dürften auch die Ministerpräsidenten der Länder nach Berlin berufen werden, um sie über den Stand der gegenwärtigen außenpolitischen Lage zu unterrichten.

Dr. Stresemann beim Reichspräsidenten

Eigener Fernsprechdienst des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 23. September. Reichspräsident von Hindenburg empfing heute nachmittags den Reichsaußenminister Dr. Stresemann zum Bericht über die Genfer Verhandlungen.

zu diesem Kurse an das Reich verkaufen kann, ist 500 Mark; dies entspricht 20 000 Mark Nennbetrag der alten Anleihen. Der Ankauf wird vom 4. Oktober d. J. an durch die Finanzämter vorgenommen. Die Anleihegläubiger, die ihre Anleiheablösungsschuld und ihre Auslosungsrechte verkaufen wollen, müssen sich zunächst bei der Polizeibehörde eine Bescheinigung über ihr Alter, ihre Reichsangehörigkeit und ihren inländischen Wohnsitz beschaffen. Auf Grund einer solchen Bescheinigung können sie den Verkaufsantrag bei dem Finanzamt, das für ihre Einkommenbesteuerung zuständig ist, stellen.

Der Verkauf der Anleiheablösungsschuld und der Auslosungsrechte empfiehlt sich vor allem für die Personen, die ein Einkommen von mehr als 800 Mark haben. Für die übrigen dürfte es zweckmäßiger sein, die Ablösungsschuld und die Auslosungsrechte zu behalten, weil sie im Falle der Bedürftigkeit im Sinne des Anleiheablösungsgesetzes einen Anspruch auf eine laufende Vorzugsrente haben, deren Bezug für sie vorteilhafter ist als der Verkauf.

Aus dem Tornadogebiet.

Typhusepidemie in Miami.

Die durch den Wirbelwind heimgesuchte Stadt Carnation gleicht einem Trümmerhaufen. Zwei Hotels, die Postamtgebäude, zwei Banken und die elektrischen Kraftwerke sind eingestürzt. Die Stadt ist ohne Licht.



Nach dem etwa einstündigen Vortrag dankte der Reichspräsident dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann für seine mühevollen Arbeit und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die jetzt angeknüpften Verhandlungen zur Lösung der noch schwebenden schwierigen Fragen und zur baldigen Befreiung des Rheinlandes und des Saargebietes führen möchten.

Abrüstungskonferenz September 1927?

Eine bessere Atmosphäre in Europa.

Die Völkerbundversammlung hielt eine Vollversammlung, in der in erster Linie die Frage der Einberufung der Internationalen Abrüstungskonferenz besprochen wurde. Der französische Delegierte Paul-Boncour legte eine Entschließung vor, welche fordert, daß die Abrüstungskonferenz außer im Falle materieller Unmöglichkeit vor September 1927, also vor der 8. ordentlichen Völkerbundversammlung, einberufen werde. Paul-Boncour erinnerte an alle Bemühungen des Völkerbundes, die Vorbedingungen für eine allgemeine Verminderung der Rüstungen zu schaffen. Diese Bemühungen müßten unermüdet fortgesetzt werden. Das Abkommen von Locarno habe den Weg dazu gebahnt und eine neue bessere Atmosphäre in Europa geschaffen. Die vorbereitende Kommission habe zusammen mit der technischen Unterkommission bereits wertvolle Vorarbeiten geleistet, so daß die Einberufung der Konferenz vor der nächsten Völkerbundversammlung möglich erscheine und tatsächlich auch vorgenommen werden sollte.

Nach kurzen Ausführungen des rumänischen Vertreters wurden die Berichte und Resolutionen von der Versammlung angenommen, die im wesentlichen folgenden Inhalt haben: Die Völkerbundversammlung hofft, daß die Abrüstungskonferenz zusammenzutreten wird, sobald die politischen Umstände das gestatten. Das Datum ist von dem Völkerbundrat festzusetzen. Die Frage der Abrüstung kann aber nicht auf einmal gelöst werden. Bei fortschreitender allgemeiner Sicherheit muß auch die Abrüstung fortschreiten. Es kann sich deswegen nicht um eine einzelne Abrüstungskonferenz handeln, sondern dieser müssen weitere folgen. Die Aufgabe der ersten Konferenz ist vor allem, für eine bestimmte Zeitspanne jedes weitere Betreten zu verbieten. Unter diesen Umständen soll die erste Abrüstungskonferenz nach Möglichkeit vor der Herbsttagung des Völkerbundes im Jahre 1927 zusammentreten, falls dies nicht aus technischen Gründen unmöglich ist.

Die „Associated Press“ meldet, wird die zwangsweise Abbestrafung der überlebenden Bevölkerung aus Moorhaven erwogen, da die rasche Beseitigung der noch ungeborgenen Leichen den Ausbruch einer Epidemie befürchten läßt.

Nach Nachrichten des amerikanischen Roten Kreuzes ist in Miami eine Typhusepidemie ausgebrochen. Ein Flugzeug mit den notwendigen Medikamenten sei eilfertig dorthin abgegangen. — In der Marineflottille von Pensacola sind bei dem letzten Wirbelsturm 35 Flugzeuge im Werte von über 1 1/2 Millionen Dollar zerstört worden.

Der Orkan in den Westindien.

Der durch den Orkan in Turks Island angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Pfund Sterling geschätzt. Nach amtlichen Mitteilungen wurde jedes Haus entweder zerstört oder beschädigt. Eine Flutwelle, die sich bis weit in das Binnenland ergoß, vollendete das Werk der Zerstörung. Die Salzseen sind völlig ruiniert und der Wiederaufbau der Salzindustrie wird mindestens sechs Monate in Anspruch nehmen. Die Bevölkerung flüchtet sich in die Wälder. Da auch die Ernte vernichtet ist, ist die Lebensmittelversorgung ernstlich gefährdet. Die Not der Einwohner ist um so größer, als erst vor einigen Wochen ein Orkan in Jamaica wütete, dessen Folgen noch nicht überwunden waren. Es wurde eine Geldsammlung organisiert und die Regierung hat Arbeiter und Holz zum Bau neuer Häuser entsandt.

Ende der Diktatur in Spanien?

Der Konflikt mit den Artillerieoffizieren.

Die „Chicago Tribune“ meldet aus Madrid, daß in den letzten Tagen ein großer Fortschritt bezüglich der Bildung einer neuen spanischen Regierung und einer Neuorientierung der spanischen Außenpolitik gemacht sei. Spanien würde bald seinen alten Platz unter den Nationen wieder einnehmen. Die Beratungen zwischen der Regierung und dem König in San Sebastian sind in aller Stille vor sich gegangen und General Primo de Rivera ist plötzlich wieder nach Madrid zurückgekehrt. Aus verschiedenen Gründen sei anzunehmen, daß

Die öffentliche Stadtverordnetenitzung

am Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr

Die öffentliche Stadtverordnetenitzung am Donnerstag, den 23. September, abends 7 Uhr. In der Sitzung des Kollegiums über die Errichtung des öffentlichen Stadtverordnetensitzungsraumes...

geringer Teil der eigenen Bevölkerung das Bad besucht hätte. Als deshalb im Verlauf der Arbeit immer mehr hervortrat, daß an ein Luft- und Schwimmbad heute ganz bedeutende Anforderungen gestellt werden, die erfüllt werden müssen...

Die Stadt kommt aber auch zu diesem Vermögenszuwachs heute noch auf die billigste Art. Rund 20 000 Mark werden als Grundförderung für Unterhaltung der Erwerbslosen...

Die geplanten Arbeiten im Rahmen der Kostenschätzung vom 17. 6. 25 waren ziemlich alle mit geringer Ueberschreitung auszuführen. Das Badebeden, Pumphaus usw. ist bei 26 000 Mark endgültiger Ausgabe um 6000 Mark überschritten worden...

Eine einzige Ueberschreitung gibt zu denken, das sind die Erdarbeiten, die anstatt 13 000 Mark rund 29 000 Mark gekostet haben, also um mehr als das Doppelte überschritten werden...

Die außerhalb der oben erwähnten Kostenschätzung gemachten Arbeiten (Saubachregulierung, Mühlgrabenzuschüttung, Borarbeiten der Bauleitung) sind zum Teil genehmigt. Es mußten aber auch noch Arbeiten ausgeführt werden, die im Boranschlag nicht vorgesehen, aber unumgänglich nötig waren...

Das Wichtigste ist nun die Kapitalbeschaffung und Verzinzung. Der Gesamtbedarf einschließlich der bereits bewilligten Beträge ist

122 000 Mark.

87 570 Mark sind bereits bewilligt und verfügbar, so daß noch ein Rest von 35 000 Mark aufzubringen ist. Der Ausschuss schlägt vor, den Betrag dadurch zu decken, daß von dem Kredittarifen weitere 15 000 Mark entnommen werden und 20 000 Mark durch ein Austauschdarlehen mit einer anderen Sparkasse...

In der sich anschließenden Debatte äußerte Stadtrat Schumann einige Zweifel gegenüber der Rentabilitätsberechnung. Die Saubachregulierung betrachte er als zum Bade gehörig. Ob dem Architekten Bulle wirklich alle Schulden treffe, sei fraglich...

Letzte Meldungen

Der biffige Windhund.

Berlin. Das Befinden der von ihrem eigenen Hund angefallenen Baronin von Carnap-Bornheim, die durch zahlreiche Bistwunden verletzt worden ist, ist nach wie vor äußerst ernst, wenn auch unmittelbare Lebensgefahr nicht besteht. Die mikroskopische Untersuchung des Kopfes des getötenen Windhundes hat ergeben, daß sein Fall von Tollwut vorliegt.

Zurücknahme von Ausweisungsbefehlen.

Koblenz. Der Reichskommissar für die besetzten rheinischen Gebiete teilt mit: In Durchführung der Koblenzer Besatzungsvereinbarung vom 10. September hat die Internationalisierte Rheinlandskommission 29 Ausweisungsbefehle zurückgenommen. Es handelt sich dabei u. a. um den früheren Wiesbadener Regierungspräsidenten Dr. Romm, Direktor Dr. Ley aus Boppard, Regierungspräsident Dr. Bralle aus Völklingen, Kriminalpolizeikommissar Ludendorff aus Aachen, Direktor Jutra aus Kreuznach, Oberbürgermeister Waha aus Landau, Kaffeeerzieher aus Krefeld, die Ärzte Dr. Kied und Dr. Wilson aus Mayen, Amtsdirektor Frisch und Amtmann Weber aus Aach. In weiteren 23 Fällen hat die Rheinlandskommission ferner Beamten, deren Ausweisung bereits früher aufgehoben worden war, namentlich die Erlaubnis zur Wiederaufnahme ihrer Amtstätigkeit erteilt. Diese Entscheidung bezieht sich u. a. auf den Polizeikommissar Schuchardt in Koblenz, Polizeikommissar Janke aus Mendorf bei Neuwied, Studententatter aus Mayen, Kreisdirektor Dr. Gahner aus Eppenheim, Regierungsassessor Dr. Wieternich aus Bingen und Landgerichtsrat Dr. Wayer aus Mayen.

Ein Begrüßungstelegramm des Rheinlandes an Stresemann.

Koblenz. Oberpräsident Dr. Fuchs hat an den Reichsaussenminister Dr. Stresemann folgendes Telegramm gerichtet: Bei Ihrer Ankunft in Berlin empfangen Sie der Rheinprovinz herzlichsten Gruß und Dank für alles, was Sie in mehrjähriger zielbewusster und zäher Arbeit im Wege der Verständigung für uns getan und erreicht haben. Gott schenke unserem Vaterlande recht bald völlige Freiheit und Frieden. a. d. Dr. Fuchs, Reichsminister a. D.

Das Reichskabinett dankt Dr. Stresemann.

Eigener Fernsprechkurs des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Berlin, 24. September. Amtlich wird mitgeteilt: In der heutigen, unter Vorsitz des Reichslanzlers Dr. Marx abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts, in der Reichsminister Dr. Stresemann über die Tätigkeit der deutschen Delegierten auf der Völkervereinbarung in Genf Bericht erstattete, sprach das Kabinett Dr. Stresemann sowie den übrigen Mitgliedern der Delegation für die geleistete Arbeit seinen Dank aus.

Sächsischer Landtag

Dresden, 23. September. In der heutigen ersten Vollversammlung des Landtages nach den großen Ferien gedachte der Präsident zunächst des durch den Tod abgerufenen Landtagsjournalisten Scholz, der lange Jahre in Treue im Parlament gearbeitet hat. Die Abgeordneten aller Parteien erhoben sich zum ehrenden Gedächtnis von ihren Plätzen. Dann teilte der Präsident mit, daß der Abg. Iller seinen Austritt aus der deutschnationalen Fraktion angezeigt habe und daß die Regierung beabsichtige, die Landtagswahlen für den 31. Oktober auszuschreiben. Den ersten Gegenstand der Beratung bildete der Gesetzentwurf über die Änderung des Landeswahlgesetzes. Nach kurzen meist zustimmenden Erklärungen ging der Entwurf an den Rechtsausschuss. Die Vorlage wegen des Verlaufs der staatlichen elektrischen Straßenbahnen wurde ohne Aussprache an den Haushaltsausschuss B verwiesen. Eine längere Debatte entfiel auf eine deutsch-nationale Anfrage wegen der Anstellung zweier tschechoslowakischer Staatsangehöriger an der Universitätsaugenklinik in Leipzig, sowie wegen der Verpflegung und Gebührensätze bei dieser Klinik. Der deutsch-nationale Redner richtete schwere Angriffe gegen die Regierung wegen der genehmigten Anstellungen und gegen die Ärzte der Klinik wegen ihrer hohen Honorarforderungen. Minister Kaiser wies die Angriffe zurück. Er erklärte, daß die berufenen Ärzte Deutsche aus der tschechoslowakischen Gruppe seien, die an der deutschen Universität Prag studiert hätten. Soweit sich Mißstände bei den Honorarforderungen und Verpflegungskosten ergeben hätten, werde für Abhilfe gesorgt. Es könne auch ein Armer von einem guten Arzte behandelt werden, wenn er sich in Klinikbehandlung begeben. Die sozialistischen und kommunistischen Redner demängelten vor allem die hohen Verpflegungskosten und den Brauch mancher Ärzte, einen Patienten nicht eher zu behandeln, bis das Geld auf dem Tische liege. Sie forderten, daß die Privatstationen an den staatlichen Anstalten abgeschafft würden. Ein kommunistischer Antrag auf Eingemeindung des Gutsbezirkes Voger Reibahn in eine der umliegenden Gemeinden und die Vorlage über den Verfall des Reviertes N. Die Sächsische Staatsregierung plante an die Stadt Chemnitz zur Anlage eines Waldfriedhofes gingen nach kurzer Besprechung an die Ausschüsse. Die nächste Sitzung findet Dienstag den 5. Oktober nachmittags 1 Uhr statt. Die Tagesordnung bilden die zweiten Lesungen der heute vorgelegten Vorlagen.

Bürgermeister Kronfeld erklärte anschließend, daß der Rat sich mit der Eingabe befaßt und beschlossen habe, sie auf sich beruhen zu lassen. Er stellte verschiedene Angaben richtig und betonte besonders, daß keine Verletzung der Geschäftsordnung stattgefunden habe, was Stadtr. Hoffmann unterstrich. Herr Schumann war trotzdem anderer Meinung und betonte, gar nichts anderes zu bezwecken, als die Verantwortung für den Abschluß mit Gröba abzulehnen. Er tat so, als wären ihm sehr wichtige Gründe gegen Gröba und für die Goglag bekannt, zu lagen blieb er sie freilich schuldig. Das bewog Herrn Lehmann schließlich, zu erklären, daß die Vertretung der Allgemeininteressen in diesem Falle doch in dem Abschluß mit Gröba lagen, denn das liefere das Gas zum billigsten Preise.

2. Das Baukostenausschussgutachten von vier Kriegsbeschädigten hatte den Verwaltungsausschuss beschäftigt, der die Vorlegung eines Finanzierungsplanes gefordert hatte. Der lag vor und bezifferte die Kosten des Hausbaues auf 44 000 Mark. Auf Grund dessen Schlag der Rat vor, den Besuchstellern zunächst die 10 000 Mark aus dem staatlichen Wohnungsbaudarlehen zur Verfügung zu stellen und außerdem aus der nächstjährigen Mietzinssteuer 22-24 000 Mark zu gewähren. Bei der Gelegenheit regte Stadtr. Zienert an, zu versuchen, eine bedeutend höhere Summe aus dem staatlichen Darlehen zu erhalten. Im Gegenlage zu anderen Gemeinden sei Wilsdruff sehr schlecht bedacht worden. Stadtr. Schumann hegte große Bedenken wegen der Rentabilität des Baues; die Wohnungen würden erheblich teuer. Doch seien er und seine Freunde im Prinzip durchaus nicht gegen die Beschaffung. Stadtr. Lehmann beantragte, die Tilgungsquote für die ersten zwei Jahre auf ein Prozent herabzusetzen. Das wurde in Verbindung mit der Ratsoorlage gegen die fünf Stimmen der Linken angenommen, ein Antrag, Schumann, den Bau als Reichsheimstätte einzutragen zu lassen, gegen acht Stimmen abgelehnt.

3. Die Kreditanstalt sächsischer Gemeinden hatte das Anerbieten der Erhöhung des Verschusses auf die Mietzinssteuer von 50 auf 75 Prozent gemacht. Es wurde einstimmig angenommen.

Der wichtigste Punkt der Tagesordnung, dem vor allem die Besucher aus der Einwohnerschaft mit Spannung entgegenzusehen, war die

Rechnungslegung über die Errichtung des Luft- und Schwimmbades.

Den Mitgliedern des Kollegiums war zur persönlichen Orientierung bereits zugefertigt worden eine Uebersicht über sämtliche Arbeiten und die Kapitalbeschaffung und Verzinzung. Herr Stadtrat Duag gab unter verschiedenen Hinweisen hierauf im Auftrage des Vorschussausschusses einen ausführlichen Bericht, in dem er u. a. sagte: Der Ausschuss hat nunmehr den Beweis erbracht, daß seine Arbeit nicht umsonst war, sondern daß sie in verlässlicher Richtung einen vollen Erfolg darstellt. Der Erfolg selbst ist kurz zusammenzufassen wie folgt:

1. Durch die vorgenommene Arbeit sind in weitestem Maße Erwerbslose unserer Stadt beschäftigt worden, wodurch ein bedeutender moralischer Einfluß erzielt wurde. Es sind aber auch allein für Löhne 46 000 Mk. an Erwerbslose gezahlt worden. Außerdem sind an Arbeiter und 7500 Mark gezahlt worden und weiterhin erhielten hiesige Handwerker und Baufirmen 40 000 Reichsmark für ihre Arbeit vergütet, so daß man annehmen kann, daß nur höchstens 20 000 Reichsmark für Zusatz von Material und dergleichen noch außerhalb geflossen sind. Was es für eine Stadt von nicht einmal 4000 Einwohnern bedeutet, wenn in einem halben Jahr 100 000 Reichsmark zugeordnet werden oder nicht, bedarf wohl kaum eine Erwähnung, denn diese Beträge sind inzwischen nicht einmal, sondern unzählige Mal umgelegt worden und haben fühlbaren Nutzen gebracht.

2. Durch die Beschäftigung der Erwerbslosen und die Bezahlung der vorhin genannten Beträge hat die Stadt an anderer Stelle bedeutende Aufwendungen gespart. Im Haushaltsplan sind für Wohlfahrtszwecke zu diesem Zwecke 6000 Mark vorgesehen, die natürlich bei der sehr großen Zahl von Erwerbslosen bei weitem nicht zugereicht hätten. Allein für Mietzinsbeihilfen hätte die Stadt bedeutende Zuschüsse gewähren müssen, wenn nicht die Hausbesitzer auf ihre Mietsätze hätten verzichten sollen. Wie groß die dadurch entstandene Erleichterung für den Haushaltsplan ist, läßt sich natürlich zahlenmäßig heute nicht mehr feststellen. Gelpart worden sind an dieser Stelle jedoch ganz erhebliche Beträge.

3. Die Stadt selbst hat durch diese Arbeit und die damit zusammenhängenden Ausgaben sich ein Vermögen geschaffen und zwar nicht lediglich einen toten Gegenstand erworben, sondern besitzt ein nutzbringendes Erwerbsunternehmen von weittragender Bedeutung. Wenn der Ausschuss auf dem ursprünglichen Standpunkt stehen geblieben wäre, und lediglich ein einfaches Schwimmbaden geschaffen hätte, welches wohl für die Bevölkerung ausreichend konnte, aber niemals als modernes Schwimmbad anzusprechen war, so wäre für die an sich geringe Ausgabe ganz sicher die Verzinzung unmöglich gewesen, weil nur ein

Herbstgruß.

Willkommen, Herbst! Kurz sind die Tage, Die dunklen Nächte doppelt lang.

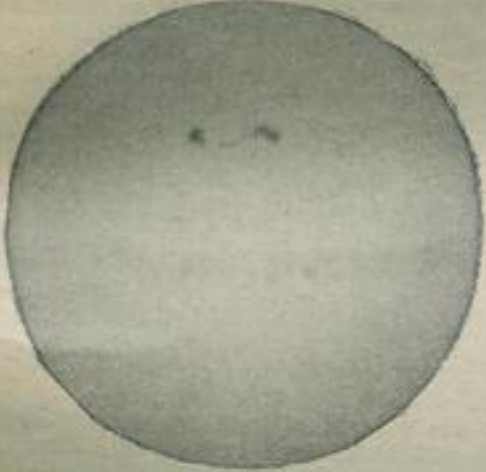
Im Lenz und Sommer wie ein Schlemmer Genosset du der Sonne Schein!

Du steigst, vom Forscherdrang beflügelt, In Seelentiefen, Seelenhöhen;

Glückselig zum Herbst! Des Sommers Farben, Des Frühlings Düfte lobten sich.

Gewaltige Flecke auf der Sonne.

Merkwürdige Erscheinungen der letzten Tage. In den letzten Tagen der vergangenen Woche sind auf der uns zugewandten Sonnenhälfte Fleckengruppen



Photographische Aufnahme einer Sonnenfleckengruppe. eine Strecke, die man sich nur dann einigermaßen vorstellen kann, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Durchmesser unserer Erde nur 12 756 Kilometer beträgt.

Die Sonnenflecke unterliegen einer Periode von elf Jahren. Zu gewissen Zeiten sind viele, einige Jahre später nur wenige oder gar keine dieser wunderbaren Gebilde auf der Sonne sichtbar.

Ihre Folge sind in vielen Fällen wunderbare Nordlichterscheinungen in der Erdatmosphäre. Da sich in unseren Gegenden nur selten eine günstige Gelegenheit bietet, dieses wunderbare, von vielen Nordlandreisenden

Die Sonnenflecke und die Katastrophe von Florida.

Die Elementarkatastrophe, die dieser Tage die Küste von Florida verheert hat, wird von vielen Forschern mit der neuentdeckten Sonnenfleckengruppe in Zusammenhang gebracht.

Politische Rundschau

Deutsches Reich.

Empfänge beim Reichspräsidenten. Der Reichspräsident empfing den königlich Spanischen Botschafter Soler y Guarbiola, der in nächster Zeit einen längeren Urlaub antritt.

Eine Botschaft Dr. Stresemanns an das Rheinland. Nach einer Meldung der königlichen Zeitung empfing Reichsminister Dr. Stresemann unmittelbar vor seiner Abreise aus Genf den Vertreter der königlichen Zeitung, um ihm u. a. folgende Erklärung abzugeben:

Tagung des Verwaltungsrats der Reichsbahn. Vom 20. bis 22. September hielt der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft in Berlin eine laufende Tagung ab.

dem Vorschlag zurück. Der Verwaltungsrat nahm den Bericht über das Eisenbahnunglück in Leiferde entgegen. Er brachte seinen Dank und seine Anerkennung allen denen zum Ausdruck, die an der Aufklärung des Verbrechens mitgewirkt haben.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Hauptausschuß des Preussischen Landtags nahm einen sozialdemokratischen Antrag an, der von der Reichsregierung eine Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung und die Verlängerung ihrer Dauer verlangt.

London. Dem diplomatischen Korrespondenten des „Daily Telegraph“ zufolge wird jetzt eine baldige Zusammenkunft zwischen Chamberlain und Mussolini in Italien als so gut wie sicher betrachtet.

Londoner Kampf gegen die „13“

(Von einem besonderen Mitarbeiter.)

London, 20. September. London erlebt trübe, schwere Zeiten. Die anhaltende Arbeitslosigkeit, der nimmer enden wollende Streik der Bergarbeiter bringt bittere Sorgen.

Der Aberglaube hat einen Stoß erlitten. Doch wirklicher Glaube steht in Ansehen. So lehrte das Ergebnis einer Umfrage. Eine große Zeitung hatte einen Fragebogen von 14 Punkten aufgestellt.

Der Aberglaube hat einen Stoß erlitten. Doch wirklicher Glaube steht in Ansehen. So lehrte das Ergebnis einer Umfrage.

Die Zirkusreiterin

Familienroman von Otfried von Hanstein.

Copyright by Maria Fuchsberger, Halle, a. S.

„Ein zu komischer Herr!“ Und trotz alledem ein ganz brillanter Arzt. Hästest du schon vor drei Jahren über ihn sprach.

Die Damen warteten schon mit dem Essen, als der Wagen endlich wieder vorfuhr und Stürmer, drei Schritte hinter Elsehard, dessen Mantel und seine Handtasche mit den ärztlichen Instrumenten tragend, durch den Garten kam.

Wie er die Sachen vor den Damen abließerte, hielt er die Hand geöffnet hin.

„Was willst du denn noch?“ Mein Trinkgeld, oder warst du mit mir nicht zufrieden?“

„Wird in naturalibus bezahlt, dafür darfst du dich mit an den Tisch setzen.“

„Da wer ich halt sakrisch einibaun!“

Wieder verließ das Essen sehr angeregt, wie aber dann Elsehard die Zigaretten hermnreichte und die Damen sich zurückziehen wollten, nahm er sein Zigarettenetui heraus.

„Ich bitte, bleiben Sie heute bei uns. Ich muß Ihnen allen zusammen einen sehr ersten Vortrag halten. Bitte, gnädigste Frau Doktor, tun Sie mir die Liebe und nehmen Sie eine Zigarette.“

Lachend nahm Rita.

„Und Sie auch, hübscheste Königin-Mutter dieses verwünschten Schlosses.“

„Aber danke, Herr Doktor, ich habe nie in meinem Leben geraucht.“

„Dann tun Sie es heute mir zuliebe, ich bitte kniefällig darum und komme für jeden Schaden an Ihrer Gesundheit auf.“

„Also, mein lieber Junge, ich bin nun vollkommen in dein Leben eingeweiht, und was ich gestern vermutete, ist mir heute zur Gewissheit geworden.“

„Du bist ein unendlich tüchtiger Arzt, aber du bist kein Geschäftsmann und zersplitterst deine Kraft.“

„Warum machst du es nicht wie ich und gründest ein Sanatorium?“

„Hier der Ort schreit geradezu danach. Die Gegend ist faubfrei, die Lage am Rhein brillant, die Nähe der großen Stadt noch brillanter, und du brauchst nichts zu tun, als das leerstehende Haus da neben dir zu kaufen und einzurichten.“

„Es paßt großartig. Ich habe mir gestern die Räume angesehen. Wie dazu gemacht. Unten kommen Speckzimmer und ein paar Gesellschaftsräume hin. Im ersten Stock ein

Operationsaal und ein paar Säle für gemeinsam schlafende Patienten zweiter Klasse und oben fünfzehn Einzelzimmer. Du bist der Chefarzt und nimmst dir einen Assistenten, auf den du die weniger schweren Patienten deiner Privatpraxis abwälzen kannst. Deine Frau, als gelernte Pflegerin eine A und Schülerin von Geheimrat Sodenberg, wird im Sanatorium Oberin und in ein paar Jahren bist du ein reicher Mann.“

Rita hatte in atemloser Spannung zugehört und hat Stürmer im stillen alles ab, was sie über ihn gedacht hatte.

„Mein lieber Junge, solche Gedanken sind mir auch schon gekommen, und ich glaube, du hättest nicht so unrecht, aber leider geht es nicht. Ich bin in pekuniärer Hinsicht in der Wahl meines Vaters nicht so vorsichtig gewesen wie du. Dazu gehört eine Menge Geld, und das habe ich nicht.“

„Ist gar nicht so schlimm. Mit dreißigtausend Mark ist die Sache gemacht. Ich war heute früh schon bei dem Justizrat Großkopf. Du weißt, ich bin ein Mann der Tat. Mit zehntausend Mark ist er zufrieden. Weitere zehntausend oder sagen wir fünfzehntausend Mark für die Einrichtung. Es braucht ja nicht fürstlich zu sein, sondern praktisch, und der Rest für ein bißchen Kellame. Sowie Patienten kommen, kommt ja auch Geld, und selbst mit der Kellame ist es nicht so schlimm.“

„Ich bin überzeugt, bei deiner Velleidlichkeit in Koblenz wirst du schon aus der Stadt selbst welche bekommen.“

„Alles schön, aber selbst die dreißigtausend habe ich nicht. Ich habe Anfang dieses Jahres den bisherigen Verdienst dazu verwandt, dieses Haus hier mit einer kleinen Anzahlung zu kaufen, und habe nun schwere Lasten.“

(Fortsetzung folgt.)

